

12. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 1. Februar 2016, 19:00 bis 21:20 Uhr
Ort	Saal reformiertes Kirchgemeindehaus ReZ
Vorsitz	Jacqueline Hofer (SVP), Gemeinderatspräsidentin
Anwesend	34 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Eveline Bucherer Romero André Csillaghy Alexandra Freuler Daniel Griesser Reto Steiner Andreas Sturzenegger Stadtrat Martin Bäumle
Protokoll	Beatrix Peterhans, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Barbara Schori: Bereich SVP Patrick Schnider: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 11. Sitzung vom 7. Dezember 2015
3. Dringliche Interpellation Hans Baumann (SP/Grüne) und 13 Mitunterzeichnende "Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge" / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 74/2015
4. Postulat Andrea Kennel (parteilos) und 5 Mitunterzeichnende "Sammeln von Kunststoffabfällen" / Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 82/2015
5. Postulat Patrick Walder (SVP) und 8 Mitunterzeichnende "Parkplätze am Adlerplatz müssen bleiben" / Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 84/2015
6. Postulat Patrick Schärli (CVP) und 2 Mitunterzeichnende "easyvote-Abstimmungsbroschüre - einfach verständliche Abstimmungsinformationen für junge Dübendorfer/-innen" / Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 87/2015



7. Überführung der Genossenschaft (Gespad) in die Aktiengesellschaft Sport- und Freizeitanlagen Dübendorf AG (SFD). Kreditabrechnung / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 42/2015
8. Volksinitiative "Alterswohnungen im Zentrum". Umsetzungsvorlage / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 57/2015
9. Testplanung Wangenstrasse / Bahnhof plus. Kreditabrechnung / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 58/2015
10. Teilrevision der Gemeindeordnung vom 5. Juni 2005 / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 78/2015
11. Bürgerrechtsgesuche:
 - 11.1. Köder David, deutscher Staatsangehöriger, und Köder Vlada, russische Staatsangehörige, sowie das Kind Maxim, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 61/2015
 - 11.2. von Pfulstein Hans-Herbert und Marietta, deutsche Staatsangehörige, sowie die Kinder Johanna, Clemens, Pauline und Anton, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 63/2015
 - 11.3. Mecili Ali und Souad, algerische Staatsangehörige, sowie die Kinder Sonia, Adem-Karim und Sami, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 69/2015
 - 11.4. Xheladini Sheribane und Elez, kosovarische Staatsangehörige, sowie die Kinder Ledion und Ezana, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 70/2015
12. Ersatzwahlen:
 - 12.1. Ersatzwahl Mitglied Bürgerrechtskommission BRK (Rücktritt Valeria Rampone aus BRK)
GR Geschäft Nr. 96/2016
 - 12.2. Ersatzwahl Präsidium Bürgerrechtskommission BRK (Rücktritt Valeria Rampone aus BRK)
GR Geschäft Nr. 97/2016
 - 12.3. Ersatzwahl Büro Gemeinderat (Rücktritt Stimmzählerin Gabriela Dunst)
GR Geschäft Nr. 98/2016



1. Mitteilungen

Mitteilung der Gemeinderatspräsidentin

Gemeinderatspräsidentin Jacqueline Hofer (SVP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum zur zwölften Sitzung der Legislaturperiode 2014-2018. Sie orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Die Gemeinderatspräsidentin teilt mit, dass heute ein besonders herzliches Dankeschön an den EHC Dübendorf geht, welcher eine Einladung an den gesamten Gemeinderat für einen Match-Besuch mit Apéro am 16. Januar 2016 ausgesprochen hat. Als kleine Geste trägt das Einhorn auf der Tribüne heute einen Schal des EHCs. Ebenfalls gratuliert die Ratspräsidentin Bruno Fenner für sein Nachrückern in den Zürcher Kantonsrat.

Neue Geschäfte seit dem 7. Dezember 2015

Der Stadtrat hat folgendes neues Geschäft überwiesen:

- Schulhaus Wil, Genehmigung Bauprojekt und Bewilligung Baukredit für die Teilsanierung und Erweiterung

Dieses Geschäft wird derzeit durch die GRPK vorberaten.

Bei der KRL ist kein neues Geschäft eingegangen.

Folgender politischer Vorstoss ist neu beim Ratsbüro eingegangen:

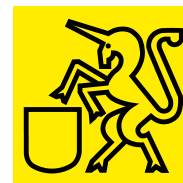
- Postulat Patrick Schärli (CVP) und 2 Mitunterzeichnende „easyvote-Abstimmungsbroschüre – einfach verständliche Abstimmungsinformationen für junge Dübendorfer/-innen“

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Keine.

2. Protokollgenehmigung der 11. Sitzung vom 7. Dezember 2015

Zum Protokoll der Sitzung vom 7. Dezember 2015 sind bei der Gemeinderatspräsidentin keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.



3. Dringliche Interpellation Hans Baumann (SP/Grüne) und 13 Mitunterzeichnende "Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 74/2015

Stellungnahme

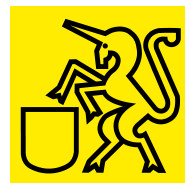
Hans Baumann (SP/Grüne)

„In unserer Interpellation hatten wir den Stadtrat vor dreieinhalb Monaten angefragt, ob er angesichts der prekären Situation bereit sei, ein zusätzliches Kontingent an Flüchtlingen aufzunehmen. Die Antwort erinnert mich ein wenig an die Geschichte von Katja Früh im letzten Magazin des Tages-Anzeigers. Ihr Grossonkel war Jude, der mit seiner Familie 1938 nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland von Wien nach Zagreb flüchtete. Als in Zagreb 1939 die Ustascha-Faschisten die Macht übernahmen, musste die Familie wieder fliehen, um dem Transport ins KZ zu entgehen. In höchster Not schrieb der Grossonkel seiner Schwester in Zürich ein Telegramm: „Wir müssen sofort hier weg, kommen am Montag bei euch an“. Die Schwester telegraphierte zurück: „Nicht am Montag, da haben wir immer grosse Wäsche. Und genug Platz im Haus haben wir auch nicht.“

Im Gegensatz zu vielen anderen ist diese Geschichte übrigens gut ausgefallen. Die Familie kam irgendwie über London nach Amerika. Leider sind heute die Reaktionen in der Schweiz oft gleich. Wir sagen nicht wie Angela Merkel in Deutschland zunächst einmal „wir schaffen das“, sondern finden Ausreden, warum wir bereits jetzt völlig überfordert sind. Die „Situation ist anspruchsvoll genug“ schreibt der Stadtrat auf unsere Interpellation. Und „die Unterbringungssituation präsentiert sich als angespannt“. Tatsächlich wurde unsere Interpellation sozusagen von der Entwicklung überholt, da der Kanton inzwischen die Zuweisungsquoten an die Gemeinden erhöht hat und Dübendorf 53 zusätzliche Asylsuchende aufnehmen musste. Auf die Ankündigung des Kantons hin hat der Stadtrat übrigens sachlich und unbürokratisch reagiert und die Unterbringung der zusätzlichen Flüchtlinge ohne Wenn und Aber organisiert. Da möchte ich dem Stadtrat ein Kränzli winden. Einen Ausrutscher hat sich nur Stadtrat Spillmann erlaubt, der gegenüber der Presse verlauten liess „der Stadtrat sei völlig überrascht worden und die Ankündigung sei viel zu kurzfristig erfolgt“. Nicht nur unsere Interpellation lag da schon vor, auch die oberflächliche Lektüre der Zeitungen im Verlaufe dieses Jahres hätte doch wohl genügt, um sich klar zu werden, dass da auch einiges auf die Schweiz bzw. den Kanton und unsere Stadt zukommt. Also Kurt Spillmann: Nicht überrascht sein, wenn im Verlaufe dieses Jahres das Kontingent nochmals um 0.1 oder 0.2 % erhöht wird. Sondern sich bitte jetzt schon Gedanken machen, wie Dübendorf die „Unterbringungssituation“ verbessern kann. Wir finden die provisorische Unterbringung in der Zivilschutzanlage Chreis übrigens kein Problem, sofern das wirklich eine kurzfristige Notfallmassnahme ist. Der Stadtrat verspricht in seiner Medienmitteilung, baldmöglichst eine bessere Lösung zu finden. Wir hoffen, dass das bald geschieht.“

Stellungnahme Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Die Antworten des Stadtrates sind eigentlich klar und unmissverständlich. Ich mache jedoch doch noch ein paar Bemerkungen zum Votum von Hans Baumann. Ich kann Ihnen sagen, Herr Baumann, dass die momentane Situation wirklich anspruchsvoll genug ist. Dübendorf hat sich in der Vergangenheit immer daran gehalten und das Kontingent stets erfüllt, wie das auch heute der Fall ist. Wir haben die 53 zusätzlichen Flüchtlinge in Dübendorf aufgenommen. Aber ich muss Ihnen sagen, dass es nicht ganz einfach ist, wenn der Regierungsrat sechs Wochen vor dem 1. Januar 2016 schreibt, dass am 4. Januar 2016 53 neue Flüchtlinge nach Dübendorf kommen und untergebracht werden müssen. Wir haben ständig zuoberst auf der Traktandenliste, dass wir Wohnraum für zukünftige und bestehende Asylsuchende anbieten können. Dies ist aber nicht einfach, da 53 Personen für Dübendorf auch nicht so wenig sind. Die Lage ist also angespannt. Was der Regierungsrat sicher gelernt hat, ist, dass die nächste Ankündigung um einiges früher an die Gemeinden erfolgen muss, da diese das sonst nicht mehr bewältigen können. Ich möchte aber doch noch wohlwollend zur Kenntnis nehmen, dass der Stadtrat nicht alles falsch gemacht hat und somit danke ich Ihnen, Herr Baumann, bestens für Ihr Votum.“



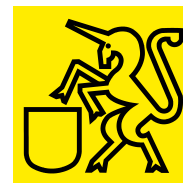
Allgemeine Diskussion

Orlando Wyss (SVP)

„Um es gleich vorwegzunehmen: Wir von der SVP sind mit der Antwort des Stadtrates auf die dringliche Interpellation von Hans Baumann zufrieden. Hans Baumann hat insofern Recht, wenn er behauptet, dass eine grosse Zahl von Menschen unterwegs ist, um nach Mittel- und Nordeuropa zu gelangen. Ob es 60 Millionen sind, weiss ich nicht. Was ich aber weiss, ist, dass es sich bei diesen in unsere Gefilde strömenden Menschen bei den meisten nicht um Flüchtlinge, sondern um Migranten handelt. In unserem Land sind Leute aus Eritrea die grösste Gruppe der sogenannten Flüchtlinge. Dies nur, weil unser linksdominiertes Bundesverwaltungsgericht in einem unsäglichen Urteil Militärdienstverweigerung als Asylgrund anerkannt hat. Dies hat uns zum Magneten der Schlepperbanden für eritreische Kunden gemacht. Die Allermeisten sind in der Sozialhilfe und bleiben auch für immer da. Durch Familiennachzug vergrössert sich diese Gruppe immer mehr und viele Sozialhilfegelder werden mit speziellen Dienstleistern von den sogenannten Flüchtlingen zur Unterstützung ihrer Verwandten nach Eritrea überwiesen. Die EU hat in der Migrationsfrage total versagt. Der Gutmensch Angela Merkel verstieg sich zu der unverantwortlichen Aussage, dass alle nach Europa kommen können, welche kommen wollen. Und dann behauptete sie noch, wir schaffen das. Die Folgen waren katastrophal und werden für Deutschland in den nächsten Jahren verheerend sein. Es zeigte aber auch Tatsachen auf, welche für uns von der SVP immer bekannt waren, aber von EU-Träumern endlich zur Kenntnis genommen werden müssen. Die EU ist eine intellektuelle Fehlkonstruktion, welche nicht funktionieren kann. In der Wirtschafts- und Migrationspolitik hat sie letztes Jahr ihr Versagen krass aufgezeigt. Schengen ist gescheitert und Dublin hat noch nie funktioniert. Die Schweiz ist das einzige Land, welches Schengen noch anwendet. Unser Bundesrat hat mit falschen Angaben die entsprechenden Volkabstimmungen beeinflusst und das Stimmvolk angelogen. Die gegenteiligen Argumente der SVP zu den damaligen Abstimmungen haben sich alle als richtig erwiesen. Nun fordern überforderte EU-Politiker von links bis rechts Obergrenzen für Flüchtlinge. Meine Damen und Herren, hier sehen wir wie weit es diese unfähigen Berufspolitiker gebracht haben. Für die SVP ist es klar; Obergrenzen für an Leib und Leben Gefährdete, also echte Flüchtlinge, darf es nicht geben. In der Schweiz haben wir eine humanitäre Tradition, welche trotz des Versagens der EU-Bürokraten nicht aufgegeben werden darf. Aber wir müssen diejenigen Wirtschaftsmigranten, welche unter dem Deckmantel des Asyls bei uns ein besseres Leben erhoffen, konsequent die Einreise verweigern. Wir können nicht unsere Wohnbevölkerung jedes Jahr um 130'000 Ausländer vergrössern. Und hier unterstützen wir den Stadtrat von Dübendorf. In unserer Stadt machen wir genug im Flüchtlingswesen. Unsere Exekutive soll sich mit anderen Gemeinden zusammen tun und beim Regierungsrat Druck ausüben, dass dieser in Bern vorstellig wird, um unsere Aussengrenzen besser zu schützen. Wenn Hans Baumann in der Frage 3 Koordinationsmassnahmen anspricht, so meint er höchstwahrscheinlich finanzielle Mittel, welche der Sozial- und Asylindustrie zukommen sollen. Denn bei unseren Gutmenschen soll sich die Hilfsbereitschaft nie aufs eigene Portemonnaie auswirken, sondern vom Steuerzahler finanziert werden. Wir sind der Meinung, dass wir nicht die gleichen Fehler wie die deutsche Bundeskanzlerin machen und mit einer Willkommenskultur falsche Flüchtlinge in unser Land locken sollten. Darum unterstützen wir die Haltung des Dübendorfer Stadtrates in dieser Frage.“

Flavia Sutter (SP/Grüne)

„Die Interpellation haben wir im Oktober 2015 eingereicht. Unterdessen ist einiges passiert in Bezug auf die Flüchtlinge in Dübendorf. Tatsächlich gibt es jetzt eine Gruppe, die eine Koordinationsfunktion, wie in der Interpellation gefordert, übernimmt. Die Stadt hatte aber bis jetzt nichts damit zu tun, die Initiative ging von der Reformierten Kirche aus und stiess bei vielen Privatpersonen auf Interesse. Auch die Katholische Kirche und die WBK sind beteiligt. Sie nennt sich „Interessengruppe Flüchtlingsarbeit Dübendorf“. Es ist eine offene Gruppe für diejenigen, denen es nicht egal ist, welches Leben die Flüchtlinge in Dübendorf führen. Beim ersten Treffen konnten wir schon viele Ideen sammeln. Ideen, die dazu beitragen könnten, das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen gut zu gestalten. Bereits hat ein Treffpunkt für Flüchtlinge seine Tore geöffnet, das Café Welcome. Es findet einmal pro



Woche statt. Dort helfen Leute mit, die in den Flüchtlingen in erster Linie Menschen sehen, die vielleicht froh sind um unsere Hilfe und Unterstützung. Ich finde es super, dass so viele Leute sich engagieren und ohne Angst und Vorbehalte auf die Flüchtlinge zugehen. Ich bin überzeugt, dass dieses Engagement für die Stadt Dübendorf Gold wert ist. Und darum möchte ich mich doch nochmals an den Stadtrat wenden, mit der Bitte, das Bürger-Engagement zu unterstützen und zu fördern. Eine Koordinationsstelle gibt es schon, aber sicher gibt es für die Stadt noch andere Möglichkeiten, sich einzubringen.“

Stefanie Huber (glp/GEU)

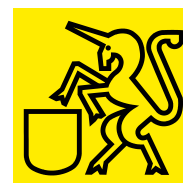
„In Dübendorf geniessen wir einen sehr gemütlichen und wohlhabenden Blick auf das Migrationsgeschehen rund um die Schweiz. Es fehlt vielen von uns sogar jegliche Berührung im Alltag mit dem so oft zitierten „Asylchaos“. Ja, wir beherbergen 180 Flüchtlinge in Dübendorf, 0.7 % der Bevölkerung. Aber Hand aufs Herz, wer hat davon schon im Alltag etwas gespürt? Es ist eher anmassend, von dieser Warte aus über die Länder der Migranten zu urteilen und ihre Flüchtlingsgründe von vornherein in Frage stellen zu wollen. Nun zu einigen Punkten, die in der Interpellationsantwort angesprochen werden, der Unterbringung sowie der Betreuung und Koordination:

Zuerst zur Unterbringung in der Zivilschutzanlage: Eine Lösung auf Dauer kann es nicht sein, aber es ist ein Dach über dem Kopf mit den nötigen Infrastrukturen. Hätte die Stadt Dübendorf sich bereits früher mit dem Thema befasst und nicht bis zur definitiven Zuteilung des Kantons gewartet, hätten vielleicht bessere Lösungen gefunden werden können. Es ist im ersten Monat mit der Belegung in der Zivilschutzanlage wie in vorangegangenen Monaten zu keinen Zwischenfällen in Dübendorf gekommen. Wenn schon kein mehr als minimales Engagement von Seiten der Stadt, dann wäre doch immerhin ein Mitdenken und Vorausschauen wünschenswert und für die Zukunft aufzugleisen. Wir lassen uns aber gerne vom Stadtrat eines Besseren belehren, wenn er hier trotz Planung und Verfolgen der Situation vom Kanton überrumpelt wurde.

Zur Betreuung und Koordination: Die Stadt Dübendorf hat die Betreuung, wie auch viele andere Gemeinden, an die ORS Service AG ausgelagert. Die Stadt Dübendorf – das zumindest mein Kenntnisstand – hat die ORS Service AG mit dem Minimum der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben betreut. Anscheinend ist die ORS immerhin bereit, Unterstützung von privaten Organisationen weiterzuleiten. So kann nicht nur gut gemeinte, sondern auch tatsächlich benötigte und sinnvolle Hilfe geleistet werden. Glücklicherweise gibt es in Dübendorf die Kirchen sowie Vereine und freiwillige Einzelpersonen, welche ergänzende Angebote bereitstellen und nach Bedarf Unterstützung leisten. Ihnen sei an dieser Stelle ein herzlicher Dank ausgesprochen! Wer als Einzelperson aktiv werden möchte, bisher aber nicht wusste wie, kann sich jetzt an die IG Flüchtlingsarbeit wenden, erreichbar unter info@wbk.ch. Auch wenn die WBK nicht der Stadtrat oder die Stadtverwaltung ist – immerhin ist hier eine Stiftung der Stadt Dübendorf und der Oberstufe mit involviert. Mir ist bewusst, dass der Stadtrat sich von einigen lautstarken Institutionen hier in Dübendorf einen Tadel eingefangen hätte, wenn er sich in der Interpellationsantwort mutiger und engagierter gezeigt hätte. Ein paar konkrete Handlungsmöglichkeiten oder Bedürfnisse aufgrund Rückmeldungen der ORS hätten dem Stadtrat aber gut angestanden, ebenso ein direktes Angebot für Koordination oder Information. Es bleibt wohl an den Privaten, hier in Dübendorf mehr als das Nötigste anzubieten und sich selbst zu koordinieren.“

Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Zweimal ist jetzt der Name der Koordinationsstelle ORS gefallen. Hier möchte ich noch etwas richtigstellen. Wir haben eine Koordinationsstelle. Der operative Betreiber, die ORS, ist unsere Ansprechperson. Wenn Sie von „minimalem Auftrag“ sprechen, muss ich Sie darauf hinweisen, dass Dübendorf eine der wenigen Gemeinden ist, in welcher sämtliche jetzt ankommenden Asylsuchende die Möglichkeit haben, sofort freiwillig einen Deutschkurs sowie ein Beschäftigungsprogramm zu besuchen. Organisiert wird dies durch die ORS und bezahlt durch die Stadt Dübendorf. Sie finden nicht viele Gemeinden im Kanton Zürich, die das so handhaben. Somit sollten Aussagen, wie dass die Stadt Dübendorf nur das Minimum anbiete, mit Vorsicht ausgesprochen werden. Jeder der sich in



Dübendorf beteiligen möchte, hat auch die Gelegenheit dazu. Wir schätzen die Mitarbeit der Kirchen und der WBK, aber wir können nicht verschiedene Ansprechpartner haben. Unser Ansprechpartner ist der operative Leiter, welcher den Auftrag von uns hat und zuständig für diesen Bereich ist. Selbstverständlich nimmt dieser sämtliche Hilfsangebote entgegen.“

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

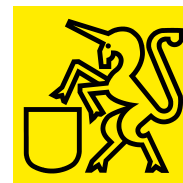
4. Postulat Andrea Kennel (parteilos) und 5 Mitunterzeichnende "Sammeln von Kunststoffabfällen" / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 82/2015

Begründung Postulat:

Andrea Kennel (parteilos)

„Aus Rheinfelden kommen nicht nur Bierideen.

Vor knapp einem Jahr waren wir bei Verwandten in Rheinfelden eingeladen. Da gab ein Kugelschreiber seinen Geist auf. Meine Schwägerin wies ihre Kinder an, den Kugelschreiber auseinander zu nehmen, damit dieser korrekt entsorgt werden kann. Ich schmunzelte etwas und fragte, was denn wie entsorgt werde, denn Metall habe es ja doch nicht ganz so viel in einem Kugelschreiber. Als Antwort kam, dass es mehr um das Plastik als um das Metall gehe. Dann wurde uns ein grosser Plastiksack gezeigt, in dem so allerlei Plastik-Abfall steckte. Da gab es leeres Duschgel, Käseverpackungen, Joghurtbecher, Snackbeutel, Zahnpasta-Tuben und vieles mehr. Das hatte mich fasziniert. Vor allem, als ich erfuhr, dass dieser Plastik wieder als Plastik verwendet werden und damit auch viel Rohstoff eingespart werden kann, fand ich einen guten Ansatz. Als ich dann letzten Herbst im Glattaler las, dass in Uster ein Postulat zu diesem Thema eingereicht wurde, kam mir der Plastiksack von Rheinfelden wieder in den Sinn. Interessanterweise kam der Vorstoss in Uster von verschiedenen Parteien wie EVP, CVP, glp und BDP. So fragte ich andere Gemeinderatskolleginnen, ob sie in Dübendorf bei einem solchen Postulat auch dabei wären. Nach den ersten positiven Reaktionen reichte ich das Postulat ein. Da ich aber schon mit Sammeln beginnen wollte, besuchte ich Daniel Griesser bei Müller Entsorgung und Transporte AG. Er zeigte mir das neue, moderne Entsorgungscenter und erklärte mir so einiges über Recycling. Dabei lernte ich auch, dass Plastik-Recycling nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch interessant ist. Da der Plastik so leicht ist, aber sehr viel Volumen hat, lohnt es sich nicht, diesen mit grossen Lastwagen direkt in allen Quartieren einzusammeln. Das leuchtet ein. Der Transport von einer Sammelstelle, wie dem Werkhof, kann aber interessant sein. Freundlicherweise gab mir dann Daniel Griesser auch gleich zwei Plastiksäcke mit. Einen davon stellte ich mit ersten Plastikabfällen in den Keller, damit alle im Haus ihren Plastik darin entsorgen können. Bald schon musste ich eine ganze Rolle Säcke kaufen, denn die ersten beiden Säcke waren relativ schnell voll. Unterdessen sind schon acht Säcke voll geworden. Dafür nimmt der restliche Haushalt stark ab. Ich hätte ehrlich gesagt nicht erwartet, dass tatsächlich so viel Plastik anfällt. Momentan fahre ich mit dem grossen Veloanhänger nach Wallisellen, um die vollen Säcke bei Müller Entsorgung abzugeben. Ich hoffe aber, dass das Postulat überwiesen wird und bald alle in Dübendorf Sammelsäcke im Bauhof abholen und die vollen dort vorbei bringen können. Dies wäre ein sinnvolles Angebot für alle in Dübendorf, die Plastik separat sammeln möchten. Für Haushalte ist das Plastik sammeln interessant, weil damit weniger normale Kehrichtsäcke benötigt und bezahlt werden müssen. Für die Wirtschaft ist das Plastik sammeln interessant, weil damit Rohstoffe gewinnbringend wieder verwendet werden können und für die Natur ist das Plastik sammeln auch interessant, weil weniger Rohstoffe unnötig verbrannt werden. Die einzigen, die skeptisch sein können, sind die Verbrennungsanlagen. Sie haben weniger Abfall, den sie verbrennen können. Es ist klar, dass es besser



ist, Abfall zu verbrennen als ihn in Deponien zu lagern, doch das Beste ist immer noch, so wenig Abfall wie möglich zu produzieren, was bedeutet: Rohstoffe die wiederverwendet werden können, sind kein Abfall, sondern eben Rohstoffe. So bitte ich Sie, das Postulat zu unterstützen und auch Plastik zu sammeln.“

Stellungnahme Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)

„Der Stadtrat wehrt sich nicht gegen dieses Postulat. Die Abteilung Tiefbau ist bereits seit längerer Zeit an diesem Thema dran und bereits seit dem 1. November 2015 kann man bei der Sammelstelle Hohlkörper mit Deckel aus Kunststoff abgeben. Die ersten Erfahrungen sowie Gespräche mit dem Kanton (AWEL) und der EMPA haben aber auch gezeigt, dass nicht alles so unproblematisch ist. Die Krux liegt wie immer im Detail. Kunststoff ist nicht gleich Kunststoff und Plastik nicht gleich Plastik. Trotzdem stimmt der Stadtrat dem Postulat zu und ist für die Überweisung.“

Allgemeine Diskussion

Charlotte Meyer (SVP)

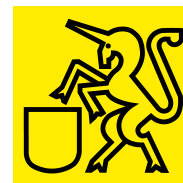
„Folgende Fragen sollen durch den Stadtrat beantwortet werden:

1. Wie und wo können Einwohnerinnen und Einwohner Säcke zum Sammeln von Kunststoffabfällen beziehen?
2. Wie und wo können Einwohnerinnen und Einwohner die vollen Säcke abgeben?
3. Wie kann die Stadt das Sammeln von Kunststoffabfällen fördern?

Die Schweiz verfügt heute im Abfallbereich über hohe Abfallstandards, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie klare gesetzliche Bestimmungen. Obwohl für viele Abfallarten ein gut ausgebautes Recyclingangebot besteht, gelangen immer noch zu viele rezyklierbare Stoffe in den Abfall. Um die Umweltbelastung weiter zu senken, muss deshalb vermehrt am Anfang der Produktionskette und bei den Konsummustern angesetzt werden. Das ist nicht ganz einfach,

- durch den Bevölkerungswachstum bzw. seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich die Bevölkerung verdoppelt
- durch steigende Konsumausgaben (zwischen 1990 bis 2014 um 75 %),
- durch steigende Bautätigkeit, Sanierung von Altlasten.

All dies führt zur Verknappung der Rohstoffe aber auch zu Schadstoffbelastungen. Nicht zuletzt steigt auch der Verbrauch von Kunststoffen, dadurch entstehen auch immer mehr Kunststoffabfälle. In immer mehr Schweizer Gemeinden können Einwohner ihre Kunststoffabfälle in separaten Gebührensäcken sammeln. Obwohl an den sehr unterschiedlichen Recycling-Modellen Kritik geübt wird. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) ist gegen eine Vereinheitlichung beim Kunststoff-Recycling mit der Begründung: Nicht alle Regionen hätten die gleichen Voraussetzungen für ein solches Sammelsystem. Deshalb mache es keinen Sinn, die ganze Schweiz über einen Leisten zu schlagen und landesweit Vorschriften zu machen. Das BAFU will den Ball beim Kunststoff-Recycling bewusst der Industrie überlassen, damit sie mit freiwilligen Massnahmen ökologisch und ökonomisch rentable Systeme aufziehen können. Von verschiedenen Seiten wird kritisiert, dass bei gemischten Kunststoffsammlungen bis zu 50 % des Sammelgutes am Ende trotzdem in den Kehrrichtverbrennungsanlagen (KVA) landen. Die KVAs nutzen den verbleibenden Kunststoff jedoch, um mit dessen Energie kalorienarmen Abfall zu verbrennen. Rund um die KVAs wird die Wärme für Heizzwecke bzw. zur Erzeugung von Strom verwendet. Mann oder Frau fragen sich zurecht: Wie kommen denn all die Kunststoff-Feinteile in die Weltmeere und zum Schluss noch in die Mägen der Meerestiere, welche auf unseren Tellern landen. Da möchte ich an die Frauen appellieren. Die von uns so beliebten Peelings enthalten kleine, feine Kunststoffteilchen, die ins Abwasser gelangen. In den ARAs können diese nicht von den Rechen und Filtern aufgefangen werden und sind daher schlussendlich im Trinkwasser wieder zu finden. Wie wäre es mit einem Peeling mit Olivenöl und Meersalz? Ich kann es empfehlen, es ist wirkungsvoll und erst noch günstig. Die SVP-Fraktion unterstützt mehrheitlich das Postulat von Andrea Kennel und den Mitunterzeichnenden. Wir erachten es als wichtig und sinnvoll, dass sich Dübendorf mit diesem Problem auseinandersetzt.“



Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU)

„Die glp/GEU-Fraktion unterstützt dieses Postulat. Der Verbrauch von Kunststoff steigt stetig und damit wächst auch der Abfallberg. Gemäss den Angaben des BAFU wurden im Jahr 2010 in der Schweiz ca. 1 Mio. Tonnen Kunststoff bzw. 125 kg pro Einwohner verbraucht. Bisher wird in der Schweiz nur PET flächendeckend gesammelt. Einige Grossverteiler und Abfallsammelstellen sammeln auch PE-Milchflaschen. Daneben existiert aber eine Vielzahl anderer Kunststoffe. Plastik zu sammeln und zu recyceln, statt ihn wegzuwerfen, ist aus ökologischer und ökonomischer Sicht sinnvoll. Das Postulat möchte denjenigen Dübendorferinnen und Dübendorfer, die dies tun wollen, mit entsprechenden Sammelsäcken und Sammelstationen die Möglichkeit dazu bieten. Es handelt sich dabei um eine kostengünstige Möglichkeit für die Stadt, einen Beitrag zum nachhaltigeren Umgang mit Ressourcen zu leisten. Es geht nicht etwa darum, eine neue, teure Abfallsammeltour einzuführen. Dies würde aus unserer Sicht über das Ziel hinaus schiessen. Die Forderung des Postulats aber erscheint uns zweckmässig.“

Abstimmung

Das Postulat „Sammeln von Kunststoffabfällen“ wird mit 33 zu 0 Stimmen dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.

5. Postulat Patrick Walder (SVP) und 8 Mitunterzeichnende "Parkplätze am Adlerplatz müssen bleiben" / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 84/2015

Begründung Postulat:

Patrick Walder (SVP)

„An der Gemeinderatssitzung vom 7. Dezember 2015 hat das Parlament die Investitionsposition 1620.5010.49 gestrichen. Mit dieser Streichung liess das Parlament den Stadtrat wissen, dass der Abbau der Parkplätze beim Adlerplatz nicht dem Willen des Gemeinderates entspricht. Mit dem vorliegenden Postulat geben wir nun dem Stadtrat die Möglichkeit, nach vorne zu treten und öffentlich bekannt zu geben, dass er auf diese geplante Veränderung des Adlerplatzes verzichtet. Zu den Argumenten, weshalb unbedingt Parkplätze auf dem Adlerplatz bestehen bleiben müssen, wurde an der Sitzung vom Dezember genug gesagt. Lassen Sie mich einfach noch folgendes ergänzen. Ein Mitglied der SVP Dübendorf hat sich zusammen mit seinem Architektur-Team Gedanken zum Adlerplatz gemacht. Das Problem, wie auch bereits vom Stadtrat erwähnt wurde, ist, dass die Stauzone sich an einem höchst ungünstigen Ort befindet und gefährliche Situationen verursacht. Mit einer einfachen Anpassung des Adlerplatzes könnte man diese Stauzone verlegen. Damit würden wir sogar noch zwei zusätzliche Parkplätze gewinnen. Wie Sie dem Entwurf (*zeigt Situationsplan des Adlerplatzes*) entnehmen können, gibt es Varianten, wie die Stauzone von der Adlerstrasse verlegt werden kann, so dass auch dort der Verkehr problemlos fließen kann. Wie erwähnt, es handelt sich hierbei nur um einen Entwurf. Aber dieser zeigt auf, dass wenn der Wille da ist, das Problem Adlerstrasse ohne Abbau eines einzigen Parkplatzes gelöst werden kann. Nur muss hierfür natürlich der Wille vorhanden sein. Ich bitte Sie, dieses Postulat zu unterstützen und zu überweisen, damit wir auf dem Adlerplatz ein sinnvolles Projekt machen können. Selbstverständlich ist uns bewusst, dass es bei einer Umgestaltung wieder einen Investitionsbeitrag brauchen wird. Dies, sobald der Stadtrat eine Lösung präsentiert, die auch im Gemeinderat mehrheitsfähig ist.“



Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Der Stadtrat hat an seiner Sitzung von letzter Woche beschlossen, dass der im November gefällte Beschluss über die Umgestaltung sistiert wird. Wir haben aber den Ball gerne aufgenommen, um das Thema im Rahmen der Postulatsbeantwortung mit dem Gemeinderat diskutieren zu können. Mit der Option, dass wir uns Gedanken über andere Möglichkeiten machen, diese im Rat diskutieren können und je nachdem eine andere Ausgangslage geschaffen wird. Wir nehmen den Ball gerne auf und beantragen Ihnen, das Postulat zu überweisen.“

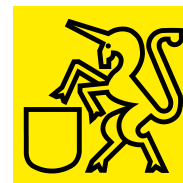
Allgemeine Diskussion

Thomas Maier (glp/GEU)

„Erinnern Sie sich noch an die Frühlingsmonate 2014? Oder 2010? Sie dürfen auch das Jahr 2006 nehmen. Ich war das erste Mal 1998 aktiv dabei. Wenn nicht, kläre ich Sie gerne im Laufe meines Votums auf. In Dübendorf geht es in den fast 20 Jahren, in denen ich hier nun mitpolitisieren darf, nur in Minischritten vorwärts, was Verkehrsfragen betrifft. Schon zur Jahrtausendwende diskutierten wir hier im Rat, ob es jetzt an einer kleinen, einzelnen Ecke wohl angebracht wäre, eine Tempo-30-Zone zu realisieren oder etwas mehr Platz für Fussgänger und Velofahrer zu schaffen. Es blieb leider meist bei der Diskussion. Sprachen wir von einer Einzelmassnahme, fehlte der immer gleichen ablehnenden Mehrheit ein Gesamtkonzept. Lag ein Gesamtkonzept vor, wurde mokiert, sie würden das Ganze doch lieber an einem konkreten Einzelbeispiel diskutieren. Denn eigentlich sähen sie ja schon ein, dass wir etwas für ein attraktives Zentrum, den gesunden und umweltschonenden Langsamverkehr und die Lebensqualität tun müssten. Sie bemerken den Konjunktiv in meiner Rede. Immerhin kommen wir doch ab und zu mit sehr viel Aufwand von unserer Seite vorwärts. Damit meine ich bspw. die Bushaltekante am Bahnhof, einzelne Velostreifenmarkierungen oder der Lindenplatz. Jetzt haben wir endlich einmal einen mutigen, langfristig ausgerichteten Entscheid des Stadtrates mitten im Herzen unserer Stadt - zu Gunsten von Lebensqualität und Attraktivität, wie wir es verstehen. Mit etwas Überlegen, sehen Sie sogar die Einbettung in ein Gesamtkonzept, ohne dass Sie dafür viel Geld ausgeben müssen. Ein grosses Parkhaus bei der Migros und beim City Center. Und wenn Sie da nicht reinfahren können - gefühlt jedes 40. Fahrzeug, welches dafür zu hoch ist - auf dem Chilbiplatz hat es jede Menge fast ständig leere Parkplätze. Dazu eine Handvoll Parkplätze direkt beim Restaurant, die bleiben werden. Und der Stadtrat erwischt sogar den richtigen Zeitpunkt, nämlich die Renovation des City Centers. Sie wollen mir weismachen, die 2 Minuten zu Fuss z.B. vom Chilbiplatz, seien zu weit? Was tun Sie am Abend oder dem Rest der Mittagszeit mit den gewonnen 4 Minuten? Haben Sie sich das schon einmal überlegt? Ein Mitarbeiter von mir rannte letzthin genau mit solchen 2 Minuten auf den Zug. Er meinte am nächsten Morgen selber, dass das wohl nicht wirklich schlau war, er hätte zu Hause ja sowieso einfach den Fernseher eingestellt. Und was machen Sie mit solchen Vorschlägen? Bekämpfen. Ja, Sie haben Alternativen, um noch mehr Parkplätze zu bauen. Haben Sie denn Lösungen für ein attraktives Dübendorf? Wir wollten einmal mit einer Volksinitiative eine Begegnungszone im Zentrum schaffen. Und jetzt bin ich wieder am Anfang meines Votums. Erinnern Sie sich? Die Mehrheit bekämpfte die Idee vehement. Ein zentrales Argument gegen diese Initiative: Man könne dann ja mal den Adlerparkplatz umnutzen, wenn die Gelegenheit günstig wäre. Jetzt wäre die Gelegenheit günstig, jetzt könnten Sie etwas machen. Und die andere Erinnerung: In jedem Wahlkampf – ich bin überzeugt, dass dies auch im Jahr 2018 der Fall sein wird - schreiben alle Parteien, ausser vielleicht der Grössten, in ihre Wahlprospekte: Für ein attraktives, lebendiges und lebenswertes Dübendorf. Und bestimmt wird auch dort wieder unser Zentrum zur Sprache kommen. Wenn Sie heute Ja stimmen müssten Sie vielleicht beim nächsten Mal dazu schreiben, was für Sie denn attraktiv heisst. Ein schwarzer, staubiger und geteeter Parkplatz? Wenig überraschend wird die glp/GEU-Fraktion dieses Postulat ablehnen.“

Patrick Schnider (SP/Grüne)

„Bereits vor einem Monat waren die Parkplätze auf dem Adlerplatz ein Thema in diesem Rat. Eine Mehrheit von uns hat sich vor einem Monat mit der Streichung des Betrags in der



Investitionsrechnung für die Erhaltung dieser Parkplätze ausgesprochen. Das Postulat wurde somit von den Geschnehnissen überholt und ist unserer Meinung nach nicht mehr weiter nötig. Aus diesem Grund werden wir das Postulat nicht unterstützen aber auch nicht weiter bekämpfen.“

Patrick Walder (SVP)

„Auf das Referat von Thomas Maier werde ich gar nicht gross eingehen, da die glp/GEU eine der wenigen Parteien ist, welche zum Gesamtverkehrskonzept keine Stellung genommen hat. Der Verkehr kann für diese Partei somit doch nicht so wahnsinnig wichtig sein, wie es heute dargelegt wurde. Zum Referat von Patrick Schnider möchte ich sagen, wie bereits vom Stadtrat richtig erwähnt: Nützen wir doch die heutige Gelegenheit, um das Thema zu diskutieren und eine sinnvolle und mehrheitsfähige Lösung finden zu können. Überweisen Sie das Postulat, damit etwas Mehrheitsfähiges für Dübendorf entstehen kann.“

Abstimmung

Das Postulat „Parkplätze am Adlerplatz müssen bleiben“ wird mit 19 zu 13 Stimmen dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.

- 6. Postulat Patrick Schärli (CVP) und 2 Mitunterzeichnende "easyvote-Abstimmungsbroschüre - einfach verständliche Abstimmungsinformationen für junge Dübendorfer/-innen" / Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 87/2015**

Begründung Postulat:

Patrick Schärli (CVP)

„Inhalt des Postulats

Der Stadtrat wird beauftragt, die easyvote-Abstimmungsbroschüre regelmässig an alle jungen Stimmberechtigten der Stadt Dübendorf im Alter zwischen 18 und 25 Jahren senden zu lassen.

Tiefe Stimmbeteiligung

Es lässt sich beobachten, dass die Stimmbeteiligung in Dübendorf regelmässig sowohl unter dem Durchschnitt des Kantons Zürich sowie auch vergleichbarer Gemeinden liegt. Ein Zustand der uns von der CVP schon länger Sorge bereitet. Nach wie vor beteiligen sich Jugendliche und junge Erwachsene in der Schweiz weniger stark an Wahlen und Abstimmungen als ihre älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wichtige Gründe dafür sind unter anderem, dass unser direktdemokratisches System sowie der Wahl- und Abstimmungsprozess vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen fremd ist. Zudem sind die Wahl- und Abstimmungsunterlagen nicht jugendgerecht formuliert und gestaltet. Das politische Interesse der Stimmberechtigten ist eine Grundlage, damit unser direktdemokratisches System funktioniert. Damit dieses Erfolgsmodell aufrechterhalten werden kann, ist ganz besonders das politische Interesse und Verständnis der jungen Stimmberechtigten zentral. Ein Weg, dieses Verständnis zu fördern, ist die Stärkung der Bildung, indem man die Funktionsweise und Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung den Jugendlichen früh erklärt. Deshalb hat die Junge CVP Kanton Zürich im letzten Jahr die Volksinitiative für mehr Staatskunde an Züricher Schulen lanciert, die zum Ziel hat, mit einem praxisnahen Staatskundeunterricht das Interesse an politischen Prozessen zu stärken und die Jungen wieder vermehrt in unsere Demokratie einzubinden. Eine weitere Möglichkeit, das politische Interesse der jungen Stimmberechtigten zu fördern, ist laut einer Studie des Staatssekretariates für "Bildung, Forschung und Innovation" die Einführung von Abstimmungsun-



terlagen, welche die Abstimmungsvorlagen auf einfache Weise erklären. Genau das tut die easyvote-Abstimmungsbroschüre.

Motivation zur Mitgestaltung

Die easyvote-Abstimmungsbroschüren ermöglichen einen einfacheren Zugang zu den Abstimmungsvorlagen für alle jungen Dübendorfer Stimmberechtigten, da sie jugendfreundlich formuliert und ausgestaltet sind. Von Jungen für Junge. Statt die Jugendlichen durch verstaubte, kompliziert formulierte Abstimmungsunterlagen schon ganz am Anfang abzuschrecken, kann der Einstieg in das politische Mitbestimmen einfach und attraktiv gemacht werden. So kann die Motivation der Jugendlichen, am politischen Leben teilzunehmen, geweckt sowie das Interesse gesteigert werden, ihre Zukunft selber mitzugestalten. Verschiedene Analysen zeigen, dass das Abstimmungs- und Wahlverhalten zum grössten Teil zwischen 18 und 25 Jahren geformt wird. Wer in dieser Zeit bereits einige Male an Abstimmungen und Wahlen teilgenommen hat, wird höchstwahrscheinlich auch im späteren Leben weiterhin an die Urne gehen. Wer jedoch mit 25 Jahren noch nie an der Urne war, wird es auch später kaum tun. Genau deshalb müssen wir dort ansetzen, damit wir die Jugendlichen nicht verlieren. Durch den Versand der easyvote-Abstimmungsbroschüren kann die Stadt Dübendorf einen Beitrag leisten, dass unser direktdemokratisches System weiter aufrechterhalten werden kann.

Was ist easyvote?

Easyvote ist ein Projekt des Dachverbandes Schweizer Jugendparlamente. In der easyvote-Abstimmungsbroschüre werden die kantonalen und nationalen Abstimmungsvorlagen auf jeweils zwei A5-Seiten pro Vorlage einfach verständlich und politisch neutral erklärt. Hergestellt wird die easyvote-Abstimmungsbroschüre von über 120 ehrenamtlich arbeitenden Jugendlichen. Die Produktion läuft nach einem klar vorgegebenen Prozess ab und basiert auf den offiziellen Abstimmungsunterlagen, so dass die Neutralität der easyvote-Abstimmungsbroschüre jederzeit gewährleistet werden kann. Mit dem Erhalt einer gedruckten Abstimmungshilfe wird den jungen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Hilfe im wahrsten Sinne des Wortes in die Hände gelegt. Sie werden damit an die kommenden Abstimmungen und Wahlen erinnert. Umfragen haben zudem bestätigt, dass junge Leute eine Printversion der Abstimmungshilfe bevorzugen. Denn ganz ehrlich, wie oft besuchen Sie Internetlinks, welche Sie nicht brennend interessieren? Oder wie schnell ist eine E-Mail gelöscht?

Parteiübergreifende Unterstützung

Easyvote geniesst parteiübergreifenden Zuspruch. Politiker aller grösseren Parteien unterstützen das Projekt easyvote aktiv. So sagt zum Beispiel FDP Nationalrat Andrea Caroni: „Jugendliche sollen lernen, ihre Zukunft politisch mitzugestalten. Easyvote leistet dazu einen wertvollen Beitrag.“ Oder CVP Nationalrat Martin Candinas: „Easyvote informiert junge Leute einfach und verständlich und motiviert sie damit fürs Abstimmen und Wählen. Es ist wichtig, dass sich junge Leute am politischen Geschehen beteiligen. Die Jungen sind die Zukunft, also sollen sie diese auch mitgestalten.“ Auch Nationalrat Lukas Reimann von der SVP äussert sich im Sinne des vorliegenden Postulats: „Die Demokratie lebt von mitdenkenden und gut informierten Bürgerinnen und Bürgern. Easyvote ist das richtige Mittel, um junge Menschen für Politik zu begeistern und um so die Stimmbeteiligung nachhaltig zu erhöhen.“

Verbreitung von easyvote

Momentan beteiligen sich rund 350 Gemeinden am Projekt. Zwei Mal im Jahr übermitteln diese Gemeinden die Adressen ihrer jungen Stimmberechtigten an easyvote, wobei der Datenschutz immer gewährleistet wird. Dadurch erhalten zurzeit rund 78'000 junge Stimmberechtigte vor den Abstimmungsterminen eine easyvote-Broschüre direkt von easyvote nach Hause zugesandt. Eine Untersuchung hat ergeben, dass sich die jungen Leserinnen und Leser dank der easyvote-Abstimmungsbroschüre tatsächlich motivierter fühlen, abstimmen zu gehen. Für den Kanton Zürich gibt es seit den Abstimmungen von November 2011 eine kantonale Ausgabe der easyvote-



Abstimmungsbroschüre. Insgesamt beteiligen sich momentan 32 Gemeinden aus dem Kanton Zürich am Projekt, so dass die easyvote-Abstimmungsbroschüre bereits an mehr als 10'000 junge Stimmberechtigte gesendet werden kann.

Kosten easyvote-Broschüren

Ein Jahresabonnement der easyvote-Abstimmungsbroschüre kostet Fr. 6.90 (exkl. 8 % MwSt.) pro Jugendlicher und Jahr. Darin enthalten sind bis zu vier easyvote-Abstimmungsbroschüren pro Jahr. In der Gemeinde Dübendorf wohnen gemäss Auskunft des Einwohneramtes vom 23. November 2015 ca. 1725 Jugendliche im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Der Versand der easyvote-Abstimmungsbroschüre an alle 18 bis 25-jährigen Stimmberechtigten würde die Stadt Dübendorf somit jährlich insgesamt Fr. 12'855.00 (inkl. 8 % MwSt.) kosten.

Zusammenfassung und Antrag

Mit diesem Instrument haben wir ein wirksames Mittel zur Steigerung der Stimmbeteiligung. Die Akzeptanz der easyvote-Abstimmungsbroschüren ist über alle Parteien hinweg gegeben, weil sie neutral und seriös erarbeitet werden. Abschliessend möchte ich die erfahrene BDP-Politikerin Ursula Haller zitieren, die sagt: „Mit einer Unterstützung dieses Projekts kann eine Gemeinde mit einem verantwortbaren Mittelaufwand ein positives Signal für die Jugend abgeben. Wir können diese Abstimmungshilfe deshalb nur empfehlen.“ In diesem Sinne beantrage ich im Namen der CVP Dübendorf dieses Postulat gutzuheissen und an den Stadtrat zu überweisen.“

Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

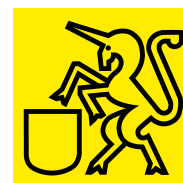
„Der Stadtrat nimmt dieses Postulat gerne entgegen.“

Allgemeine Diskussion

Keine.

Abstimmung

Das Postulat „easyvote-Abstimmungsbroschüre – einfach verständliche Abstimmungsinformationen für junge Dübendorfer/innen“ wird mit 29 zu 3 Stimmen dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.



7. Überführung der Genossenschaft (Gespad) in die Aktiengesellschaft Sport- und Freizeitanlagen Dübendorf AG (SFD). Kreditabrechnung / Genehmigung GR Geschäft Nr. 42/2015

Referat GRPK-Sprecher Daniel Brühwiler

„Es geht bei diesem Geschäft um die Kreditabrechnung, welche auf eine Urnenabstimmung vom 30. November 2008 zurückgeht. Somit handelt es sich um eine relativ alte Geschichte. An dieser Abstimmung hat man eine ganze Serie von Krediten bewilligt (insgesamt fünf):

- Fr. 1.17 Mio. Betriebsbeitrag (jährlich wiederkehrend ab 2009)
- Fr. 0.28 Mio. Investitionsbeitrag (jährlich wiederkehrend ab 2009)
- Fr. 1.1 Mio. Rahmenkredit (für Sanierungsarbeiten „im Chreis“)
- Fr. 350'000.00 für das Führen der GESPAD (Nachtragskredit)
- Fr. 2.97 Mio. (Überführung Genossenschaft in AG)

Es geht heute um die drei ersten Kredite, die beiden untersten sind in der Laufenden Rechnung der Stadt Dübendorf eingestellt.

Wir kommen nun zur Abrechnung der Kredite:

	Kredit	Abrechnung	Abweichung
Rahmenkredit	1'100'000	1'095'000	5'000
Nachtragskredit	350'000	337'334	12'656
Überführungskredit	2'970'000	2'847'938	122'062
Total	4'420'000	4'280'282	139'718

Es wurden alle drei Kredite nicht vollständig ausgeschöpft. Der Grund für die Unterschreitung des Überführungskredits von rund Fr. 120'000.00 war im Wesentlichen ein sogenannter Liquiditätsgewinn der Gespad. Insgesamt hat man laut Weisung mit einer Unterschreitung von knapp Fr. 140'000.00 abgeschlossen. Ein kleines Detail muss hierbei jedoch berücksichtigt werden. Man hatte in der Weisung (bei der Beantragung der Kredite) einen Link zwischen dem Rahmenkredit und dem jährlich wiederkehrenden Kredit als Investitionsbeitrag gemacht. In der Weisung aus dem Jahr 2008 stand, dass man in den ersten drei Jahren vom jährlich wiederkehrenden Kredit jeweils Fr. 200'000.00 nicht beanspruchen wird, weil diese bereits durch den Rahmenkredit abgedeckt sind. Insgesamt sind dies somit Fr. 600'000.00, die gemäss Weisung 2008 nicht verwendet werden müssen. Bei der Überprüfung hat sich dann herausgestellt, dass in diesen ersten drei Jahren diese Fr. 200'000.00 trotzdem ausbezahlt wurden. Auch der Rahmenkredit wurde praktisch ausgeschöpft. Wenn man jetzt die Rechnung anschaut, dann bemerkt man, dass rund Fr. 460'000.00 mehr ausgegeben wurden, als man ursprünglich wollte. Die Unterkommission der GRPK ging dem nach. Schlussendlich kam dabei heraus, dass formaljuristisch alles korrekt ist. Im Dispositiv der Weisung hat man diese Fr. 600'000.00 zwar nicht abgebildet, sie wurden jedoch im Text erwähnt. Darum durfte man das Geld auch ausgeben. Trotzdem liegt auf dem Tisch, dass der Stadtrat mehr Geld ausgegeben hat, als in der Weisung dargelegt wurde. Aber weil dies formaljuristisch korrekt war, beantragt die GRPK einstimmig die Zustimmung zu dieser Kreditabrechnung.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.



Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Sie haben aus den Ausführungen des GRPK-Sprechers gesehen, dass es sich um eine relativ komplexe Geschichte handelte. Sowohl der Aufbau, um die ehemalige Gespad in die SFD zu überführen, wie auch der spätere Vollzug. Somit hat dies auch entsprechend länger gedauert. Es ist aber wichtig, dass wir heute den Kredit abrechnen können, um über die damalige Abstimmung einen Schlusstrich ziehen zu können. Ich danke der Unterkommission der GRPK für das genaue Hinschauen und auch für die Rücksprache, die gemacht wurde, damit wir heute im Rat wissen, um was es damals überhaupt gegangen ist und was diese Überführung gekostet hat. Schlussendlich war es ein langer Prozess und eine erfolgreiche Überführung. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die SFD die richtige – wenn auch teure – Lösung ist. Ich danke nochmals der Unterkommission und ich hoffe, dass Sie der Zustimmung der GRPK Folge leisten können.“

Allgemeine Diskussion

Keine.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung der Überführung der Genossenschaft (Gespad) in die Aktiengesellschaft Sport- und Freizeitanlagen AG (SFD) wird mit 32 zu 0 Stimmen genehmigt.

Beschluss

1. Die Abrechnung über die Überführung der Genossenschaft (Gespad) in die Aktiengesellschaft Sport- und Freizeitanlagen AG (SFD) wird genehmigt.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

8. Volksinitiative "Alterswohnungen im Zentrum". Umsetzungsvorlage / Genehmigung GR Geschäft Nr. 57/2015

Referat GRPK-Sprecher Paul Steiner

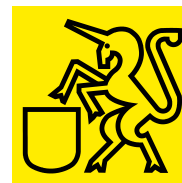
„Im Wesentlichen geht es im vorliegenden Geschäft darum, dass der Stadtrat den Gemeinderat beauftragt, ihn mit der Umsetzung der Initiative zu beauftragen. Auf der anderen Seite soll das Postulat von Bruno Fenner und 4 Mitunterzeichnenden „Alterswohnungen im Zentrum“ abgeschrieben werden.

Ausgangslage

An der Sitzung vom 2. Februar 2015 beauftragte eine Mehrheit des Gemeinderates den Stadtrat, eine Umsetzungsvorlage – unter Berücksichtigung der festgelegten Grundbedingungen und Vorgaben (die Vergabe im Baurecht ist öffentlich auszuschreiben) – auszuarbeiten. Die GRPK hat diese Umsetzungsvorlage geprüft und mit den vom Gemeinderat beschlossenen Bedingungen verglichen und kontrolliert. Dies ist mit einer geringfügigen Abweichung und einer sinnvollen Ergänzung der Fall.

Abweichung

Im ursprünglichen Text wurde verlangt, dass im MINERGIE-P-ECO-Standard oder gleichwertig gebaut werden müsse. Dies war sehr einengend und die Formulierung wurde mit „MINERGIE-Standard (mit Zertifikat) oder MINERGIE-P gleichwertig (durch unabhängige Prüfung bestätigt)“ etwas breiter gefasst. Die GRPK vertritt die Auffassung, dass mit dieser etwas weniger einschränkenden Auflage den heutigen Anforderungen an modernes Bauen genügend Rechnung getragen wird.



Ergänzung

Neu ist ein jährlicher minimaler Baurechtszins von Fr. 50'000.00 festgeschrieben. Diese Ergänzung erachtet die GRPK als sinnvoll.

Politische Diskussion

An der Gemeinderatssitzung im Februar 2015 wurde die Initiative aus Sicht der GRPK abgehandelt. Man hat zu diesem Zeitpunkt über die erwähnten Vorgaben und Bedingungen diskutiert und diese festgelegt.

Beschluss GRPK

Die GRPK beschliesst einstimmig, dass die vorliegende Umsetzungsvorlage korrekt und nach den Vorgaben des Gemeinderates abgefasst ist. Dies unter Berücksichtigung der erwähnten Abweichung und Ergänzung. Die GRPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig die Zustimmung zur Umsetzungsvorlage.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

Stellungnahme Stadtrat André Ingold (SVP)

„In Abwesenheit von Martin Bäumle danke ich der GRPK ganz herzlich für die wohlwollende Prüfung des Geschäfts. Der Stadtrat bittet den Gemeinderat, dem Antrag der GRPK zuzustimmen.“

Allgemeine Diskussion

Bruno Fenner (BDP)

„Ein langer Weg für Alterswohnungen im Zentrum!

Ich werde mich in Anbetracht der langen Traktandenliste mit meinem Votum kurzhalten. Die breite, lebendige Diskussion wurde ja bereits am 2. Februar 2015 mit der Überweisung zur Ausarbeitung einer ausformulierten Umsetzungsvorlage geführt. Bereits damals entsprach die Vorlage ca. zu 80 % meinen Vorstellungen. Mit den Zielen, Wohnflächen und den anzustrebenden Mietzinsen sowie den Anforderungen an die Wohnungen sind wir einverstanden. Auch, dass die Abgabe des Grundstückes im Baurecht mit Auflagen erfolgen muss, ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Ein Fragezeichen setze ich aber bei der partnerschaftlichen Baurechtslösung. In der Branche auch Basler Modell genannt. Was das Basler Modell beinhaltet, ist in einem Artikel der Zeitschrift Wohnen (2008) von Dr. Paul Rüst beschrieben. Der im Beschluss erwähnte Baurechtszins, 12 bis 18 % der Mietzinseinnahmen, ergibt aber einen erheblich höheren Baurechtszins als der Zürcher Baurechtszins. Die prozentuale Differenz ist vor allem bei einem tiefen Referenzzinssatz hoch. Eine grobe Schätzung ergibt, dass der Baurechtszins einer 2-Zimmer-Wohnung, mit einem Referenzzinssatz von 1.75 % nach Zürcher Modell, die Wohnung monatlich mit Fr. 60.00 belastet und das partnerschaftliche, sagen wir ihm Bäumle-Modell mit Fr. 130.00. Also mehr als doppelt so viel! Bei 3 % Referenzzins steigen die Werte (Zürcher Modell) auf Fr. 90.00 bzw. Fr. 170.00 im Modell Bäumle. Ich weiss nicht, ob das in der GRPK diskutiert wurde, aber für mich ist das ein Wermutstropfen. Denn diese Vorgaben werden den Bau von günstigen Wohnungen deutlich erschweren. Lieber hätte ich die ursprüngliche Variante gesehen, nämlich diejenige vom Initiativtext. Diese hätte dem Stadtrat die Möglichkeit offen gelassen, entweder öffentlich auszuschreiben oder aber auch eine Direktvergabe an eine Baugenossenschaft. Aber leider haben Sie das, meine Damen und Herren, so nicht gewollt. Jetzt entspricht die Vorlage nur noch etwa 70 % meiner Vorstellung und ich bin bereit, diese Kröten zu schlucken. Es wird aber nötig sein, dem Stadtrat bei der Ausarbeitung des Baurechtsvertrages genau auf die Finger zu schauen, auch wenn der Abschluss des Vertrages vermutlich in der Kompetenz des Stadtrates liegt. Wie gestern aus der Sonntagszeitung zu erfahren war, betreffen 32 % der Kündigungen von Wohnungen, Pensionierte zwischen 65 und 74 Jahren, obwohl diese Altersgruppe nur 12 % der Schwei-



zer Bevölkerung ausmacht. Und Personen über 75 Jahren sind zu 16 % von Kündigungen betroffen, ihr Anteil an der Bevölkerung liegt aber nur bei 10 %. Diese Zahlen sind kein Zufall. Leben doch Pensionierte oft lange in ihren Wohnungen. Viele dieser Wohnungen kommen jetzt in einen Sanierungszyklus. Deshalb sind Pensionierte überdurchschnittlich oft von Kündigungen betroffen. Auch bei der Suche nach einem neuen Zuhause haben Pensionierte oft keine Chance. Mit dem Tempo bei den Ausschreibungen kommen sie kaum zurecht. Auch werden Wohnungen fast nur noch online ausgeschrieben, was Ältere ohne Internetanschluss ausschliesst. Mit dieser Vorlage haben wir es in der Hand, etwas in diese Richtung zu bewegen. Ich bin mir bewusst, dass das nur ein sehr kleiner Schritt in die richtige Richtung ist. Aber es ist zumindest einmal ein Anfang! Ich bitte Sie, dieser Vorlage zuzustimmen.

Hans Baumann (SP/Grüne)

„Die Abgabe des städtischen Grundstücks Lindenhof II im Baurecht zur Erstellung von preisgünstigen Alterswohnungen ist eine grosse Chance für Dübendorf. Es ist auch ein erster kleiner Schritt zur Umsetzung des im Jahr 2014 vom Volk angenommenen Artikels in der Gemeindeordnung, der die Stadt verpflichtet, gemeinnützigen Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete zu fördern. Bei der Umsetzungsvorlage des Stadtrates stören uns zwei Punkte:

1. In der Initiative wird unmissverständlich gefordert, dass die Stadt das Bauland an eine Wohnbaugenossenschaft abgibt (im Baurecht oder durch Verkauf). In der Umsetzungsvorlage fehlt diese wichtige Bestimmung. Die Initianten wollten damit klarmachen, dass das Bauland an einen gemeinnützigen Bauträger abgegeben wird, der mit diesen Wohnungen nicht nach der grösstmöglichen Rendite strebt. Unserer Meinung nach ist mit einem gemeinnützigen Bauträger am besten garantiert, dass das in der Vorlage festgeschriebene Prinzip der Kostenmiete eingehalten wird. Kommt hinzu, dass vor allem die grösseren Baugenossenschaften eine lange Erfahrung bei der Realisierung von Alterswohnungen und altersdurchmischten Siedlungen haben. Es ist also auch eine Qualitätsfrage. Wir hoffen deshalb sehr, dass dieses durch die Initiative festgelegte Prinzip durch den Stadtrat bei der Ausschreibung bzw. der Vergabe im Baurecht berücksichtigt wird, auch wenn es nicht explizit in der Vorlage steht.
2. Auf den zweiten Punkt hat Bruno Fenner schon hingewiesen: Wir sind nicht überzeugt, dass mit den für den Baurechtsvertrag festgelegten Vorgaben (partnerschaftliches Modell, 12 bis 18 % der Nettomietzinseinnahmen als Baurechtszins) tatsächlich die anzustrebenden günstigen Mietzinse, die in der Vorlage stehen, erreicht werden können. Das sogenannte „partnerschaftliche“ oder „Basler“ Modell führt zu einer Verteuerung der Mieten. Allerdings kann dies nicht abschliessend beurteilt werden, ohne die genauen Details des Baurechtsvertrages zu kennen.

Wir fordern deshalb den Stadtrat auf, bei der Ausarbeitung des Baurechtsvertrages ein gutes Augenmass zwischen den möglichen Einnahmen für die Stadt, den Baukosten und der Höhe der zu erwartenden Mietzinse anzuwenden. Es muss garantiert sein, dass die in der Vorlage angegebenen Mietzinse nicht überschritten werden. Wir stellen uns trotz dieser Kritik nicht gegen diese Vorlage sondern freuen uns, wenn es auf dem Lindenhof vorwärts geht. Wir werden aber die weiteren Schritte der Stadt bei der Umsetzung genau verfolgen.“

Abstimmung

Die Umsetzungsvorlage der Volksinitiative „Alterswohnungen im Zentrum“ wird mit 32 zu 0 Stimmen genehmigt.

Beschluss

1. Der Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative „Alterswohnungen im Zentrum“ wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, diese Vorlage unter Berücksichtigung der vom Gemeinderat festgelegten Grundbedingungen und Vorgaben umzusetzen.



3. Mit der Umsetzung dieser Vorlage ist die Initiative erfüllt und es kommt zu keiner Urnenabstimmung über die Initiative.
4. Das Postulat Bruno Fenner und 4 Mitunterzeichnende „Realisierung Alterswohnungen auf dem Areal Bahnhofstrasse/Lindenhof II in Dübendorf“ (GR Geschäft Nr. 132/2012) wird als erledigt abgeschrieben.
5. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

9. Testplanung Wangenstrasse / Bahnhof plus. Kreditabrechnung / Genehmigung GR Geschäft Nr. 58/2015

Referat GRPK-Sprecher Rolf Biggel

„Ich darf Ihnen als Vertreter der GRPK das Geschäft „Kreditabrechnung Testplanung Wangenstrasse/Bahnhof Plus“ präsentieren.

Um was geht es?

Der Gemeinderat hat für die Durchführung der Testplanung Wangenstrasse/Bahnhof plus am 8. April 2013 einen Rahmenkredit von Fr. 470'000.00 zulasten der Investitionsrechnung bewilligt. Die Testplanung ist dann vom Herbst 2013 bis im Sommer 2014 durchgeführt worden. Der Stadtrat hat dann in der Folge den Synthesenbericht am 10. Juli 2014 genehmigt und am 27. August 2014 veröffentlicht. Nun liegt die Kreditabrechnung vor und zeigt bei einem Gesamtaufwand von Fr. 378'507.85 eine Budgetunterschreitung von Fr. 91'492.15. Dafür werden im Wesentlichen zwei Gründe aufgeführt: Erstens, hat die Offerte vom Büro Feddersen & Klostermann über Fr. 185'000.00 eine stille Reserve beinhaltet für den Fall, dass die Resultate der Testplanungsarbeiten sehr komplex und dementsprechend aufwändig zur Nachbearbeitung ausgefallen wären. Diese Reserve hat nicht in Anspruch genommen werden müssen, weil der Arbeitsumfang um 20 % tiefer ausgefallen ist. Ein zweiter Grund für den positiven Abschluss waren die Entschädigungen für die Mitglieder des Beurteilungsgremiums. Verschiedene Mitglieder von öffentlichen Institutionen wie SBB, VBG und armasuisse haben nämlich auf eine Rechnungsstellung von den aufgewendeten Stunden verzichtet, da der Stundenaufwand von ihren Arbeitgebern übernommen worden ist. Dies hat dann zu weiteren substantiellen Einsparungen geführt.

Fazit

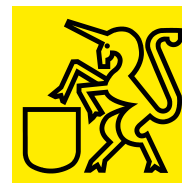
Für einmal ein erfreulicher rechnerischer Abschluss einer Kreditabrechnung mit einer gesamten Kreditunterschreitung von Fr. 91'492.15. Einziger kleiner Wermutstropfen am Rande ist die Tatsache, dass man seinerzeit bei der Kreditbewilligung nichts davon wusste, dass die Zahlen gut gerechnet waren und stille Reserven beinhaltet haben. Wir von der GRPK wünschten uns bei künftigen Geschäften von Anfang an mehr Transparenz. Wir wollen aber ein positives Ergebnis einer Kreditabrechnung nicht schlecht reden...

Antrag

...und beantragen deshalb einstimmig, das vorliegende Geschäft zu genehmigen.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.



Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Ich danke der Unterkommission der GRPK für die Prüfung dieser Kreditabrechnung. Eine kurze Bemerkung zu den erwähnten stillen Reserven: Ich verstehe, dass diese Bemerkung kommt. Ich habe dazu allerdings einen etwas anderen Zugang. Stille Reserven tönt etwas komisch. Aber wir haben seinerseits gewusst, dass wir mit einem gewissen Aufwand rechnen und wir verschiedene Verfahrensschritte einrechnen müssen. Somit sind diese Reserven im Prinzip nicht als stille sondern als geplante Reserven zu betrachten. Wir mussten aufgrund des Verfahrens damit rechnen, dass diese Reserven gebraucht werden, weshalb sie nicht als versteckt anzuschauen sind. Ich mag mich aber nicht mehr genau daran erinnern, wie genau die Diskussion im Rahmen der Krediterteilung geführt wurde. Ich danke der GRPK für die seriöse Prüfung und hoffe auf Zustimmung zu dieser Kreditabrechnung.“

Allgemeine Diskussion

Keine.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung für die Testplanung Wangenstrasse / Bahnhof plus wird mit 31 zu 0 Stimmen genehmigt.

Beschluss

1. Die Kreditabrechnung über die Aufwendungen für die Durchführung der Testplanung „Wangenstrasse / Bahnhof plus“ wird genehmigt.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

10. Teilrevision der Gemeindeordnung vom 5. Juni 2005 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 78/2015

Referat GRPK-Sprecher Rolf Biggel

„Ich darf Ihnen als Vertreter der GRPK das Geschäft „Teilrevision der Gemeindeordnung“ präsentieren. Vorab mein herzlicher Dank an die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung für die Unterstützung bei der Vorbereitung dieses Geschäftes.“

Um was geht es?

Die heutige Teilrevision der Gemeindeordnung ist notwendig, weil durch Änderungen beim übergeordneten Recht verschiedene formelle Anpassungen in unserer Gemeindeordnung notwendig sind. Dringender Anpassungsbedarf besteht dabei vor allem bei der Regelung der Wasserversorgung. So ersucht die Genossenschaft Wasserversorgung mit Schreiben vom 5. Januar 2015 um Ergänzung der Gemeindeordnung mit einem neuen Absatz. Dies gestützt auf Art. 98 Abs. 3 der Kantonsverfassung, wonach die Übertragung einer kommunalen Aufgabe, die zur Erfüllung hoheitlicher Befugnisse erforderlich sind, in der Gemeindeordnung zu regeln ist. Ein solcher Artikel fehlt derzeit noch in der Gemeindeordnung von Dübendorf. Gleichzeitig beantragt der Stadtrat verschiedene weitere pendente Anpassungen, die zum Teil durch übergeordnete Stellen bereits moniert worden sind. Gesamthaft geht es nun um folgende Anpassungen in unserer Gemeindeordnung:



1. Neuer Artikel 1b betreffend Wasserversorgung
2. Streichung von zwei nicht mehr benötigten Bestimmungen (Artikel 35 Ziff. 2.1. und Artikel 70)
3. Festlegung des für die Ergreifung des Gemeindereferendums zuständigen Organs (Art. 36 mit Ergänzung einer neuen Ziffer 4.6.)
4. Redaktionelle Anpassungen beim Art. 51 Abs. 1 durch Wegfall der Vormundschaftsbehörde.

Die vorliegende Teilrevision der Gemeindeordnung beschränkt sich wie erwähnt weitestgehend auf durch Änderungen beim übergeordneten Recht notwendige formelle Anpassungen. Einzig die Zuteilung der Kompetenz für die Ergreifung des Gemeindereferendums bedarf einer neuen Entscheidung. Der Stadtrat wünscht dies in seiner eigenen Kompetenz. Als Hauptargument werden terminliche Überlegungen ins Feld geführt. Man muss gegebenenfalls rasch reagieren können und das kann man nur, wenn die Kompetenz direkt beim Stadtrat liegt. Dies ist nach Ansicht der GRPK nachvollziehbar. Eine solche Kompetenzlösung ist übrigens auch in 11 von 12 Zürcher Parlamentsgemeinden Praxis.

Getroffene Abklärungen der GRPK

Die GRPK hat die zum Geschäft gehörenden Weisungen und Vorschriften studiert und sie hat zur Kenntnis genommen, dass die geplanten Anpassungen der Gemeindeordnung in Zusammenarbeit mit den zuständigen kantonalen Experten erfolgt sind.

Fazit

Zusammenfassend kann die GRPK feststellen, dass die neuen übergeordneten Vorschriften keinen Interpretationsspielraum offen lassen und dass der Stadtrat die Umsetzung korrekt aufgegleist hat. Von Seiten der GRPK bestehen keine Einwände gegen den Antrag des Stadtrates.

Antrag

Die GRPK beantragt deshalb einstimmig, das vorliegende Geschäft zu genehmigen.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Es ist tatsächlich so, dass wir uns im Stadtrat Gedanken machten, was wir alles bei dieser Teilrevision aufnehmen bzw. ändern wollen. Wie vom GRPK-Sprecher gehört, haben wir uns auf die technischen Elemente beschränkt. Man hätte auch bspw. Entschädigungen hineinnehmen können. Diese umfangreichen und diskussionsreichen Themen werden bei einer allfällig späteren Gesamtrevision behandelt werden. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung zu diesem Geschäft.“

Allgemeine Diskussion

Keine.

Abstimmung

Die Teilrevision der Gemeindeordnung vom 5. Juni 2005 wird mit 33 zu 0 Stimmen genehmigt.



Beschluss

1. Die Teilrevision der Gemeindeordnung im Sinne der nachstehenden Erläuterungen wird genehmigt.
2. Die Teilrevision der Gemeindeordnung wird zuhanden der Gemeindeurnenabstimmung verabschiedet.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

11. Bürgerrechtsgesuche:

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005, die nachfolgenden Beschlüsse.

11.1. Köder David, deutscher Staatsangehöriger, und Köder Vlada, russische Staatsangehörige, sowie das Kind Maxim, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 61/2015

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 2 Stimmen zu.

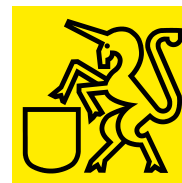
Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Köder
Vorname	Kurt David
Geburtsdatum	14. März 1965
Geburtsort	Saarbrücken / Deutschland
Staatsangehörigkeit	Deutschland
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Kommunikationsberater
Adresse	Fällandenstrasse 9, 8600 Dübendorf

und

Name	Köder
Vorname	Vlada
Geburtsdatum	16. Februar 1973
Geburtsort	Ukmerge / Litauen
Staatsangehörigkeit	Russland
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Freischaffende Dolmetscherin
Adresse	Fällandenstrasse 9, 8600 Dübendorf



sowie das Kind

Name	Köder
Vorname	Maxim David Alexander
Geburtsdatum	13. Januar 2004
Geburtsort	Dübendorf ZH
Staatsangehörigkeit	Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

11.2. von Pfulstein Hans-Herbert und Marietta, deutsche Staatsangehörige, sowie die Kinder Johanna, Clemens, Pauline und Anton, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 63/2015

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 26 zu 2 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	von Pfulstein
Vorname	Hans-Herbert
Geburtsdatum	03. Mai 1974
Geburtsort	Düsseldorf / Deutschland
Staatsangehörigkeit	Deutschland
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Ingenieur
Adresse	Rosenstrasse 12, 8600 Dübendorf

und seine Ehefrau

Name	von Pfulstein
Vornamen	Marietta Sylvia Katharina
Geburtsdatum	07. Juni 1976
Geburtsort	Hannover / Deutschland
Staatsangehörigkeit	Deutschland
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Hausfrau und Mutter
Adresse	Rosenstrasse 12, 8600 Dübendorf



sowie die Kinder

Name	von Pfulstein
Vornamen	Johanna Elisabeth Marie
Geburtsdatum	17. April 2005
Geburtsort	Zürich ZH
Staatsangehörigkeit	Deutschland

und

Name	von Pfulstein
Vornamen	Clemens Friedrich Herbut
Geburtsdatum	30. März 2007
Geburtsort	Zürich ZH
Staatsangehörigkeit	Deutschland

und

Name	von Pfulstein
Vornamen	Pauline Eva Katharina
Geburtsdatum	15. November 2009
Geburtsort	Zürich ZH
Staatsangehörigkeit	Deutschland

und

Name	von Pfulstein
Vornamen	Anton Winand Herbut
Geburtsdatum	11. September 2011
Geburtsort	Zürich ZH
Staatsangehörigkeit	Deutschland

**11.3. Mecili Ali und Souad, algerische Staatsangehörige, sowie die Kinder Sonia, Adem-Karim und Sami, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 69/2015**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 6 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Mecili
Vorname	Ali
Geburtsdatum	06. März 1961
Geburtsort	Baraki / Algerien



Staatsangehörigkeit Algerien
Zivilstand verheiratet
Beruf Chefmonteur
Adresse Hörnlistrasse 21, 8600 Dübendorf

und seine Ehefrau

Name Mecili
Vorname Souad
Geburtsdatum 04. August 1974
Geburtsort El Biar / Algerien
Staatsangehörigkeit Algerien
Zivilstand verheiratet
Beruf Auf Arbeitssuche und Hausfrau
Adresse Hörnlistrasse 21, 8600 Dübendorf

sowie die Kinder

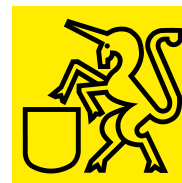
Name Mecili
Vorname Sonia
Geburtsdatum 16. Februar 1999
Geburtsort Uster ZH
Staatsangehörigkeit Algerien

und

Name Mecili
Vorname Adem-Karim
Geburtsdatum 30. September 2007
Geburtsort Uster ZH
Staatsangehörigkeit Algerien

und

Name Mecili
Vorname Sami Saâd
Geburtsdatum 07. Januar 2001
Geburtsort Uster ZH
Staatsangehörigkeit Algerien



11.4. Xheladini Sheribane und Elez, kosovarische Staatsangehörige, sowie die Kinder Ledion und Ezana, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 70/2015

Stellungnahme BRK-Präsidentin Valeria Rampone zur ablehnenden Stimme eines BRK-Mitglieds

„Die Bürgerrechtskommission empfiehlt dieses Gesuch mit einem Stimmverhältnis von 4:1 mehrheitlich zur Annahme. Die ablehnende Stimme wird folgendermassen begründet (gemäss Protokoll der BRK): *Der im Motivationsschreiben erwähnte Einbürgerungsgrund, dass die beiden Bewerber in der Schweiz mitentscheiden und an den Wahlen teilnehmen dürfen möchten, deckt sich nicht mit dem Vorstellungsgespräch bei der Delegation des Stadtrates. Es wirkt nicht authentisch, da die beiden Gesuchsteller bei genau diesen Punkten keine Antwort auf die Fragen des Stadtrates geben konnten.*“

Allgemeine Diskussion

Keine.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 22 zu 8 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

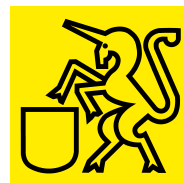
Name	Xheladini
Vorname	Sheribane
Geburtsdatum	22. April 1983
Geburtsort	Gjilan / Kosovo
Staatsangehörigkeit	Kosovo
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Verkäuferin
Adresse	Meisenweg 10, 8600 Dübendorf

und

Name	Xheladini
Vorname	Elez
Geburtsdatum	14. November 1983
Geburtsort	Slubice / Kosovo
Staatsangehörigkeit	Kosovo
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Mitarbeiter Logistik
Adresse	Meisenweg 10, 8600 Dübendorf

sowie die Kinder

Name	Xheladini
Vorname	Ledion
Geburtsdatum	25. Mai 2005
Geburtsort	Uster ZH
Staatsangehörigkeit	Kosovo



und

Name	Xheladini
Vorname	Ezana
Geburtsdatum	06. März 2009
Geburtsort	Uster ZH
Staatsangehörigkeit	Kosovo

12. Ersatzwahlen:

12.1. Ersatzwahl Mitglied Bürgerrechtskommission BRK (Rücktritt Valeria Rampone aus BRK) GR Geschäft Nr. 96/2016

Antrag Interfraktionelle Konferenz

Theo Johner (BDP)

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Marcel Drescher (glp/GEU) zum Nachfolger von Valeria Rampone zur Wahl als Mitglied in die Bürgerrechtskommission BRK vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

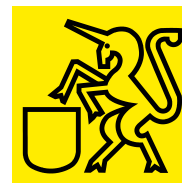
Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt die Gemeinderatspräsidentin Marcel Drescher als gewählt.

12.2. Ersatzwahl Präsidium Bürgerrechtskommission BRK (Rücktritt Valeria Rampone aus BRK) GR Geschäft Nr. 97/2016

Gemeinderatspräsidentin Jacqueline Hofer (SVP) erklärt, dass für diese Ersatzwahl kein Einheitsvorschlag der Interfraktionellen Konferenz vorliegt. Somit werden offene Wahlen durchgeführt. Bei mehreren Vorschlägen wird die Zahl für jede kandidierende Person in der gleichen Reihenfolge festgestellt, wie die Vorschläge gefallen sind. Es werden höchstens drei Wahlgänge durchgeführt. Für den ersten und zweiten Wahlgang gilt das absolute, für den dritten Wahlgang das relative Mehr.

Rolf Biggel (FDP)

„Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen Ariane Egli als Präsidentin der Bürgerrechtskommission (BRK) vor. Ariane Egli ist seit zwei Jahren in der BRK, hat einen sehr guten Job gemacht, macht diesen mit Freude und ich bin überzeugt, dass sie eine gute Präsidentin werden wird. Ich empfehle sie Ihnen nachhaltig zur Wahl.“



Stefanie Huber (glp/GEU)

„Wenn:

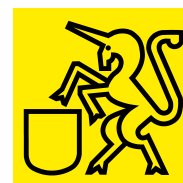
1. eine Fraktion alles daran setzt, eine Kommission beizubehalten, für welche die anderen wenig übrig haben,
2. es sich um die mit Abstand grösste Fraktion handelt,
3. diese Fraktion kein anderes Kommissionspräsidium innehat und
4. das Präsidium genau dieser Kommission frei wird,

mit welcher guten Begründung sollte dann diese Fraktion das Präsidium nicht annehmen?

Die glp/GEU-Fraktion hat sich einem Einheitsvorschlag der IFK für das Präsidium der BRK entgegen gestellt. Für uns kommt niemand anders als jemand aus der SVP für das BRK-Präsidium in Frage. Ich betone an dieser Stelle, dass die Kandidatur der FDP mit Ariane Egli die nötige Qualifikation absolut mitbringt und es nicht an der Person von Ariane Egli liegt, wenn die glp/GEU heute diese Wahl nicht mitträgt. Allfälligen entsprechenden Unterstellungen in nachfolgenden Voten oder der Presse ist damit jeglicher Boden entzogen. Im April 2013 wurde die Abschaffung der BRK im Rat äusserst knapp mit 17:16 Stimmen nicht angenommen. Die prominentesten und vehementesten Äusserungen kamen damals klar aus den Reihen der SVP. Das Ausländerthema ist seit Jahren das Steckenpferd der SVP und es wird keine Gelegenheit ausgelassen, sich damit zu profilieren. Kleine Anekdote dazu: Interessanterweise hat sich die SVP in Bern im Dezember ganz ähnlich aus der Affäre gezogen, wie es jetzt hier in Dübendorf den Anschein macht. Man hätte Simonetta Sommaruga ein für sie interessantes Departement anbieten und dann endlich selbst im Justizministerium Hand anlegen können. Dort läuft es ja gar nicht nach dem Gusto der SVP. Doch obwohl anscheinend das Wohlergehen der Schweiz vom Umgang mit Ausländern jeglicher Art abhängt, hat die SVP diese Chance nicht gepackt. Wenn sie Verantwortung in ihrem Kernthema übernehmen soll, wo bleibt da die wählerstärkste Partei, die sonst kein Blatt vor den Mund nimmt? Aus diesen zwei Gründen – vehementestes Beibehalten der BRK und Bewirtschaftung des Themas – muss die SVP nun aus unserer Sicht bei diesem Präsidiumswechsel die Leitung der BRK und damit Verantwortung übernehmen. Da aus den Reihen der IFK ausser der FDP-Kandidatur keine Namen genannt wurden und keine weitere Wahl in die BRK traktandiert ist, müssen wir nun das bisherige Mitglieder der BRK vorschlagen, Daniel Griesser.“

Orlando Wyss (SVP)

„Erstens teile auch ich ganz klar die Meinung von Stefanie Huber, dass die SVP bei den Bundesratswahlen mit aller Vehemenz das Amt von Simonetta Sommaruga hätte übernehmen sollen. Zweitens hatten wir eine IFK-Sitzung, bei der Valeria Rampone als Vertreterin der glp/GEU-Fraktion anwesend war. Sie sagte an dieser Sitzung das Gleiche, wie Stefanie Huber vorhin in ihrem Votum. Es stimmt, dass wir vehemente Befürworter dieser Kommission sind. Ich muss ihr auch Recht geben, dass wir dieses Präsidium eigentlich übernehmen müssten. Vor allem weil wir in dieser Legislatur kein Präsidium innehaben. Es gibt aber ein „aber“. Und hier hat wohl die Energie gefehlt bei der Gruppe für Energie und Umwelt, damit Valeria Rampone ihrer Fraktion mitteilen konnte, was an der IFK besprochen wurde. Dort hatte ich nämlich erklärt, dass der vorgeschlagene Daniel Griesser in nächster Zeit aus dem Gemeinderat zurücktreten wird. Vor der IFK-Sitzung wusste dies noch niemand und wir haben dann Ariane Egli vorgeschlagen. Wir trauen ihr auch zu, dass sie das sehr gut machen wird. Wenn in den nächsten zwei Monaten jemand zurücktritt und man dieser Person trotzdem mit Ernsthaftigkeit das Präsidium übertragen möchte, dann macht man sich nur lächerlich. Ich kann es ja begreifen, denn die GEU hat ja seit längerem ein sehr grosses Problem mit der SVP. Vielleicht aus bekannten Gründen. Auch bei der Wahl der jetzigen Gemeinderatspräsidentin wurden von dieser Partei nur Leerstimmen eingelegt. Aber man kann ja nicht mit Ernsthaftigkeit erwarten, dass wir hier nun jemand wählen, der im März oder April 2016 seine letzte Sitzung haben wird und im Mai dann ein neues Mitglied für ihn hier im Rat sein wird. Die glp/GEU hat dies gewusst und schlägt uns trotzdem Daniel Griesser vor. Das darf ja nicht wahr sein. Die SVP hat in dieser Legislatur kein Kommissionspräsidium, das wird sich nächstes Jahr sicher ändern. Wir werden nächstes Jahr sicher ein Präsidium beanspruchen. Ob das die BRK, die GRPK oder die KRL sein wird, dass lasse ich an dieser Stelle



noch offen. Das kommt auch auf die Zusammensetzung unserer Fraktion darauf an. Es wäre unseriös, jetzt etwas dazu zu sagen. Es wäre das Beste, wenn die glp/GEU ihren Vorschlag zurückziehen würde, da sie sich damit nur lächerlich macht. Die SVP-Fraktion schlägt mit Inbrunst Ariane Egli als Präsidentin vor.“

Andrea Kennel (parteilos)

„Ich staune, wie weitsichtig ein Stadtrat der SVP und die SVP-Fraktion planen können. Wenn man weiss, dass ein BRK-Mitglied zurücktritt und es eigentlich die Aufgabe der SVP wäre, das Präsidium zu übernehmen, dann könnte man rechtzeitig für die Rochade schauen und ein neues Mitglied vorschlagen, welches auch gleich das Präsidium übernehmen könnte. Ich verstehe das Problem nicht ganz und ich verstehe auch nicht ganz, wieso jetzt ein anderer Vorschlag kommt, der aus meiner Sicht nicht vernünftig ist. Aber man hätte das anders lösen können, wenn man vielleicht im Vorfeld miteinander gesprochen hätte.“

Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU)

„Ich stelle einen Ordnungsantrag: Das Geschäft soll von der Traktandenliste genommen werden, um der SVP etwas Zeit zu geben, damit sie sich überlegen können, welcher Kandidat sie in die BRK als Ersatz für Daniel Griesser wählen lassen möchten, welcher dann auch in der Lage sein wird, das Präsidium zu übernehmen. Wie gesagt, es ist für uns keine Frage, dass das Präsidium an die SVP gehen soll. Die SVP hat dies ja jetzt auch gar nicht bestritten. Die SVP hat eine grosse Fraktion und ich denke, es sollte möglich sein, innerhalb dieser Fraktion einen geeigneten Kandidaten zu finden. Darum beantrage ich, dieses Geschäft zu sistieren.“

Abstimmung Ordnungsantrag

Für den Ordnungsantrag der glp/GEU	10	Stimmen
Gegen den Ordnungsantrag der glp/GEU	22	Stimmen

Der Ordnungsantrag wird abgelehnt und das Geschäft somit weiter behandelt.

Orlando Wyss (SVP)

„Ich glaube es nicht, die glp/GEU schafft es noch, ihr Vorgehen zu toppen. Sie haben uns ganz klar dargelegt, dass sie auf eine Führung dieser Kommission verzichten würden, nur damit sie ihre abstruse Idee durchbringen können. Es ist unsäglich, was hier abgeht. Und was ich natürlich dankend zur Kenntnis nehme ist, dass wir anscheinend so angeschaut werden, als wären wir die einzigen, die eine solche Kommission führen können. Wir werden dies vielleicht in einer späteren Diskussion gerne wieder einmal einbringen. Aber Sie haben dem Ordnungsantrag die richtige Antwort gegeben. Denn wir brauchen eine geführte und funktionierende BRK. Die Spiele der glp/GEU sind hier fehl am Platz.“

Valeria Rampone (glp/GEU)

„Vor wenigen Minuten hat sich hier im Saal etwas wiederholt, was schon seit Jahren zu einer Art Ritual geworden ist: Bei den Abstimmungen zu den Bürgerrechtsgeschäften sind aus der SVP-Fraktion jeweils ablehnende Stimmen gekommen. Das ist mittlerweile courant normal im Dübendorfer Gemeinderat. Es wiederholt sich seit vielen Jahren. Es erstaunt niemanden mehr, es gibt keinerlei Reaktionen darauf. Aber so dürfte es eigentlich auf keinen Fall sein, weil die ablehnenden Stimmen nicht begründet werden. Die SVP-Fraktion äussert sich extrem selten zu den Bürgerrechtsgesuchen. Aber einige Vertreter lehnen Geschäfte hin und wieder ab, andere häufig, andere immer. Ich erinnere mich kaum an Abstimmungen, wo keine Gegenstimme von der SVP gekommen ist. Als Gemeinderätin aber auch als ehemalige Präsidentin der BRK würde ich gerne die Gründe erfahren. Da sich die Betroffenen aber nicht erklären, bleibt mir nur die Spekulation. Die systematische Ablehnung von allen Einbürgerungsgesuchen deutet auf eine grundlegende Kritik hin. Zum Beispiel ist man grundsätzlich gegen Einbürgerungen. Oder man ist mit dem Verfahren, das der Bund, der Kanton und die Gemein-



de festgelegt haben, nicht einverstanden. Nichtsdestotrotz sieht das Schweizer Gesetz die Möglichkeit einer Einbürgerung vor und es gibt ein klar definiertes Verfahren, das einen sauberen und für alle möglichst gleichen Ablauf garantieren soll. Auf allen Ebenen und insbesondere auf Gemeindeebene ist dieses Verfahren auch von der SVP aktiv mitgestaltet worden. Wer sich dagegen stellt, missachtet also geltendes Schweizer Gesetz und setzt eventuell sogar ein Fragezeichen hinter die eigene politische Arbeit. Wenn einzelne Einbürgerungsgesuche abgelehnt werden, dann gehe ich davon aus, dass Probleme bei den betreffenden Gesuchen der Grund sind. Allerdings bleiben die Parlamentarier/-innen den Gesuchstellern, die vielleicht im Publikum sitzen und dem Entscheid vom Gemeinderat beiwohnen, eine Erklärung schuldig, warum sie ihnen das Bürgerrecht verweigern, obwohl sie doch alle von uns gestellten Bedingungen erfüllt haben. Denn in der allergrössten Mehrheit von den Fällen kommen Einbürgerungsgeschäfte vom Stadtrat mit einem Antrag zur Annahme zum Gemeinderat. Und in der allergrössten Mehrheit der Fälle empfiehlt die BRK einstimmig eine Annahme. In beiden Gremien sitzen Vertreter der SVP. Für alle Beteiligten – Gesuchsteller, Stadtrat, BRK, Gemeinderatsfraktionen und auch für die Öffentlichkeit – bleibt unklar, was genau hinter den Ablehnungen steckt. Natürlich könnten die Ablehnungen taktisch-strategische Gründe haben. Man profiliert sich als Vertreter der echten Schweizer und geht den ungemütlichen Begründungen möglichst aus dem Weg, wohlwissend, dass sie gegen geltendes Recht verstossen. Und man strebt in diesem Fall auch nicht das Präsidium von jener Kommission an, die genau diese Arbeit leistet. Als Mitglied der BRK und als deren Präsidentin habe ich diese Ablehnungen aber als Kritik an unserer Arbeit verstanden. Irgendetwas machen wir scheinbar falsch. Und wenn Vertreter von einer Fraktion die Arbeit vom Stadtrat und von der BRK so systematisch und konsequent infrage stellen, dann muss diese Fraktion damit rechnen, dass die Forderung aufkommt zu zeigen, wie sie es denn machen würden. Für die glp/GEU-Fraktion ist dieser Moment jetzt gekommen. Darum fordern wir, dass die SVP das Präsidium der BRK übernimmt.“

Orlando Wyss (SVP)

„Es sieht wirklich so aus, als hätte es Valeria Rampone nicht begriffen. Ich habe es bereits dargelegt, jemanden der innert der nächsten zwei Monaten zurücktritt, wählt man nicht mehr als Präsident. Das wäre wider jegliche Vernunft. Wenn ich als Gemeinderat gefragt werde, ob ich einem Geschäft zustimme oder nicht, dann muss ich meine ablehnende Stimme bei keinem Geschäft begründen. Das gibt es in unserem Abstimmungsverhalten nicht. Es gibt nur dann eine Begründung, wenn eine Mehrheit das Bürgerrechtsgesuch ablehnt. Nur dann muss diese Mehrheit dem Bewerber sagen, aus welchen Gründen er abgelehnt wird. Ich hoffe nun wirklich, dass auch die glp/GEU begreift, dass wir nicht jemandem das Präsidium übertragen, der eine Sitzung später wieder zurücktritt.“

Thomas Maier (glp/GEU)

„Orlando Wyss, ich möchte noch etwas zum Thema „Begreifen“ an deine Adresse anfügen. Wir haben seit ca. acht Jahren das Präsidium der BRK inne. Und ich glaube, Valeria Rampone hat dies in den letzten Jahren sehr gut gemacht. Und ihr habt jetzt das Argument, dass ihr Daniel Griesser nicht ins Präsidium wählen wollt, weil er zurücktreten wird. Wir haben euch vorher mit unserem Ordnungsantrag die Chance geboten, Zeit zu gewinnen. Dies wolltet ihr nicht. Wir möchten euch nochmals darauf aufmerksam machen, dass wenn sich jemand lächerlich macht, dann ist dies die SVP-Fraktion. Seit über zwei Jahren haben wir gesagt, dass das Präsidium der BRK zur Verfügung stehen wird. Am Anfang der Legislatur teilten wir mit, dass wir das Präsidium so lange besetzen werden, bis von den neuen BRK-Mitgliedern jemand in der Lage sein wird, dieses zu übernehmen. Am Liebsten natürlich das Mitglied der SVP. Und wenn ihr eure Personalplanung nicht im Griff habt, dann seit ihr diejenigen, die sich lächerlich machen und nicht die glp/GEU.“



Wahl

Zahl der Stimmberechtigten	34
Absolutes Mehr	18
Stimmen haben erhalten:	
Ariane Egli (FDP)	28
Daniel Griesser (SVP)	6

Gewählt als BRK-Präsidentin ist somit **Ariane Egli (FDP)**.

12.3. Ersatzwahl Büro Gemeinderat (Rücktritt Stimmenzählerin Gabriela Dunst) GR Geschäft Nr. 98/2016

Antrag Interfraktionelle Konferenz

Theo Johner (BDP)

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Flavia Sutter (SP/Grüne) zum Nachfolgerin von Gabriela Dunst zur Wahl als Stimmenzählerin in das Büro des Gemeinderates vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt die Gemeinderatspräsidentin Flavia Sutter als gewählt.



Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsidentin Jacqueline Hofer (SVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse, gestützt auf §151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden.

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Jacqueline Hofer
Gemeinderatspräsidentin

Angelika Murer Mikolasek
Stimmzählerin

Barbara Schori
Stimmzähler

Patrick Schnider
Stimmzähler